

## URGENT ACTIONS

# NGO-DIREKTOR WEITER IN HAFT

## VENEZUELA

UA-Nr: **UA-075/2021-2** AI-Index: **AMR 53/4923/2021** Datum: **27. Oktober 2021** – bs

**Javier Tarazona**

**Rafael Tarazona** (unter Auflagen frei)

**Omar de Dios García** (unter Auflagen frei)

**Javier Tarazona, der Leiter der lokalen NGO FundaREDES, wird weiterhin vom boliviarischen Geheimdienst SEBIN in Haft gehalten. Rafael Tarazona und Omar de Dios García, Aktivisten von FundaREDES, kamen jedoch am 26. Oktober unter Auflagen frei. Die drei Menschenrechtsverteidiger waren am 2. Juli 2021 willkürlich festgenommen worden, nachdem sie versucht hatten, Schikanen durch Sicherheitskräfte bei der Generalstaatsanwaltschaft in der Stadt Coro (Westvenezuela) anzuzeigen. Sie wurden wegen Aufstachelung zu Hass, Verrat und Terrorismus angeklagt. Trotz zahlreicher Anträge wurde den Rechtsbeiständen ihrer Wahl die Zulassung vor Gericht verweigert. Amnesty International fordert die Behörden dringend auf, Javier Tarazona unverzüglich freizulassen und die Verfahren gegen alle drei Menschenrechtsverteidiger einzustellen.**

Rafael Tarazona und Omar de Dios García, Aktivisten der Menschenrechtsorganisation FundaREDES, sind unter willkürlichen Auflagen freigelassen worden, u. a. müssen sie alle acht Tage bei Gericht vorstellig werden und dürfen Venezuela nicht verlassen. Der Menschenrechtsverteidiger und Direktor von FundaREDES, Javier Tarazona, befindet sich jedoch nach wie vor in willkürlicher Haft. Javier Tarazona muss umgehend freigelassen werden. Außerdem müssen die laufenden Ermittlungen gegen die drei Menschenrechtsverteidiger eingestellt werden.

Die Menschenrechtsorganisation *FundaREDES* überwacht, dokumentiert und berichtet über Menschenrechtsverletzungen durch bewaffnete Gruppen in den Grenzregionen Venezuelas. Angehörige des venezolanischen Inlandsgeheimdienstes (SEBIN) hatten die drei Aktivisten ohne Haftbefehl festgenommen und ihnen wird Terrorismus vorgeworfen. Dies sind Elemente eines gut dokumentierten Musters willkürlicher Festnahmen. Deshalb sind die Anklagen gegen sie vermutlich politisch motiviert. Außerdem werden verfahrensrechtliche Garantien verletzt, da ihnen die Vertretung durch Rechtsbeistände ihrer Wahl verweigert wird.

### HINTERGRUNDINFORMATIONEN

*FundaREDES* ist eine Menschenrechtsorganisation, die sich für Menschenrechte in den venezolanischen Bundesstaaten Táchira, Apure, Zulia, Falcón, Bolívar und Amazonas einsetzt. Die NGO dokumentiert und berichtet über Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch nichtstaatliche Akteure in diesen Regionen Venezuelas. In jüngster Zeit haben sie vor allem Fälle von Gewalt im Bundesstaat Apure im Süden Venezuelas dokumentiert, wo mutmaßlich ein Konflikt mit nicht demobilisierten Mitgliedern der bewaffneten Gruppe FARC ausgebrochen ist.

Medienberichten zufolge befanden sich die Menschenrechtsverteidiger Javier Tarazona, Rafael Tarazona und Omar de Dios García am 2. Juli zusammen mit Jhonny Romero im Rahmen einer Bildungsaktivität in der Stadt Coro im Westen des Landes. Jhonny Romero ist Vertreter der NGO *Mayday Confavidt* und arbeitet im Bundesstaat Falcón mit Opfern von Verschwindenlassen und Menschenhandel zusammen. Nach der Bildungsaktivität suchten die vier Aktivisten das Büro des Generalstaatsanwalts in der Stadt Coro auf, um Fälle von Drangsalierungen durch Angehörige des Geheimdienstes und der örtlichen Polizei anzuzeigen. Noch am selben Tag inhaftierte der Inlandsgeheimdienst SEBIN alle vier Aktivisten, ohne einen Haftbefehl vorzuweisen. Ihre Rechtsbeistände wurden nicht über die Festnahme informiert und nach ihrer Inhaftierung blieb ihr Aufenthaltsort 24 Stunden lang unbekannt. Während die drei FundaREDES-Mitglieder dann von einem

**AMNESTY INTERNATIONAL** Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321. E: ua-de@amnesty.de . BIC:

BFSWDE33XXX . IBAN: BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Spezialgericht für Terrorismusfälle vorgeladen wurden, kam Jhonny Romero am 3. Juli 2021 noch vor diesem Termin frei.

Die lokale NGO Foro Penal wurde darüber in Kenntnis gesetzt, dass nicht sie die Menschenrechtsverteidiger vertreten, sondern ihnen Pflichtverteidiger zugeteilt wurden. Allerdings durfte ein Vertreter von Foro Penal die Männer besuchen und mit ihnen sprechen. Da mit den Pflichtverteidiger\_innen kein Vertrauensverhältnis besteht, ist nicht klar, warum gegen die drei ermittelt wird, doch vor Gericht wurden sie wegen „Anstiftung zum Hass“, „Terrorismus“ und „Landesverrat“ angeklagt. Einige der Straftaten, die den Aktivisten vorgeworfen werden, sind im „Gesetz zur organisierten Kriminalität und Terrorismusfinanzierung“ definiert. Die venezolanischen Behörden kriminalisieren im Rahmen dieses Gesetzes häufig Menschenrechtsverteidiger\_innen und humanitäre Helfer\_innen, wie im Fall von fünf Mitgliedern der NGO Azul Positivo im Januar 2021. Seit der Inhaftierung der drei Aktivisten setzt sich Foro Penal dafür ein, diese rechtlich vertreten zu dürfen, was bis jetzt jedoch immer abgelehnt wurde. Bei einer Anhörung am 26. Oktober entschied das Gericht, Rafael Tarazona und Omar de Dios García unter Auflagen freizulassen. Die Regierung unter Nicolás Maduro fährt eine repressive und auf Schikane, Strafverfolgung und Zensur beruhende Linie gegen Aktivist\_innen und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für die Rechte von Venezolaner\_innen einsetzen. In Venezuela herrscht derzeit eine komplexe humanitäre und menschenrechtliche Krise, die dazu geführt hat, dass zahllose Menschen bereits aus dem Land geflohen sind, um im Ausland Schutz zu suchen. Bis Juni 2021 haben mehr als 5,6 Millionen Menschen das Land verlassen.

#### **SCHREIBEN SIE BITTE**

#### **E-MAILS, TWITTERNACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN**

- Wir fordern Sie auf, Javier Tarazona unverzüglich und bedingungslos freizulassen, die strafrechtlichen Ermittlungen gegen alle drei betroffenen Menschenrechtsverteidiger einzustellen und der Schikanie und Kriminalisierung von NGOs in Venezuela ein Ende zu setzen.

**ACHTUNG!** Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

#### **APPELLE AN PRÄSIDENT**

Nicolás Maduro  
Palacio de Miraflores  
Av. Norte 10  
Caracas 1012, Distrito Capital  
VENEZUELA  
(Anrede: Dear President Maduro /  
Sehr geehrter Herr Präsident)  
**Twitter: @NicolasMaduro**

#### **KOPIEN AN**

#### **BOOTSCHAFT DER BOLIVARISCHEN REPUBLIK VENEZUELA**

S. E. Herrn Ramon Orlando Maniglia Ferreira  
Schillstraße 10  
10785 Berlin  
**Fax: 030-83 224 020**  
**E-Mail: embavenez.berlin@botschaft-venezuela.de**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **22. Dezember 2021** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-075/2021**: AMR 53/4398/2021, 5. Juli 2021 und AMR 53/4860/2021, 11. Oktober 2021.

#### **PLEASE WRITE IMMEDIATELY**

- We urge you to release Javier Tarazona immediately and unconditionally, and close all criminal investigations into these three human rights defenders, and to also put an end to the harassment and criminalisation of non-governmental organisations in Venezuela.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## **HINTERGRUNDINFORMATIONEN - FORTSETZUNG**

Ein 2020 veröffentlichter UN-Bericht der unabhängigen internationalen Ermittlungskommission für Venezuela hat zudem zahlreiche seit 2014 begangene Menschenrechtsverletzungen dokumentiert – darunter außergerichtliche Hinrichtungen, Verschwindenlassen, willkürliche Inhaftierungen sowie Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafen. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass es sich dabei um schwere Menschenrechtsverletzungen handelt, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichkommen könnten.

Diese Geschehnisse finden nicht isoliert statt: Seit Anfang 2021 berichten zivilgesellschaftliche Organisationen in Venezuela erneut über ein verschärftes Vorgehen gegen Menschenrechtsverteidiger\_innen, hauptsächlich im Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Außerdem werden neue repressive Mechanismen gegen die Zivilgesellschaft eingeführt. Diese jüngsten Repressalien richten sich auch gegen unabhängige Medienkanäle.

